



(Fotos: Zeit im Bild;

Früher freiherrlicher Besitz — heute Altersheim der Stadt Dresden. Der dazugehörige Boden wurde unter 2 5 Neubauern auf geteilt—
 (Rechts:) Im Schloß Nöthnitz (Bez. Dresden), ehemals Besitz des Freiherrn v. Finch, wurde nach der Enteignung durch die Bodenreform
 eine Landwirtschaftliche Schule und Wirtschaftsberatung eingerichtet. Das aufgeteilte Land gab 22 Neubauern eine Heimat

schließlich herangezogen wurden. Der Arbeitseinsatz erfolgte manchmal unter Bedingungen, die eine soziale Härte bedeuten. Dieser Arbeitseinsatz, der ohne Berücksichtigung der sozialen Umstände erfolgt ist eine politische Gefahr und gibt reaktionären Kräften Gelegenheit, unter den Umsiedlern und Heimkehrern für ihre gegnerischen Zwecke zu agitieren. Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich auch bei dem Widerstand einheimischer Handwerker und Handwerkskammern, wenn es gilt, Umsiedler in ihren neuen Heimatorten als Handwerker selbständig zu machen. Den Umsiedlern *Wohnraum* und dazugehörige *Einrichtungsggegenstände* zur Verfügung zu stellen, fällt nicht leicht; aber es zeigt sich, daß bei richtiger Mobilisierung der *Umsiedlerausschüsse* und der *Volkssolidarität* sehr wohl Erfolge erzielt werden können. Darüber hinaus ist eine Verbesserung der Wohnungslage notwendig. Es gibt da noch große Möglichkeiten, wenn z. B. daran gegangen wird, einzelne und alte Personen, die noch eigene Wohnungen allein oder zu zweit bewohnen, zusammenzulegen.

Im westlichen Deutschland begegnet die Umsiedlerbetreuung sehr großen Schwierigkeiten. Die Umsiedler werden dort „Flüchtlinge“ genannt, und die Tagespresse veröffentlicht ständig Tatsachen — besonders aus Bayern — über den Haß der Altingesessenen gegenüber den „Flüchtlingen“. Die KPD in Bayern und Hannover ist faktisch die einzige, die sich bisher der Umsiedlerforderungen wärmstens angenommen hat. In Bayern unterstützt die KP tatkräftig ein Volksbegehren, damit die Umsiedlerforderungen ihren gesetzlichen Niederschlag finden.

Noch in diesem Jahr werden große Massen von deutschen *Kriegsgefangenen* aus England, Frankreich, Übersee, der Sowjetunion, aus Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei heimkehren. Es liegt im Interesse einer Beschleunigung des Neuaufbaues, die Heimkehrer als freudige Mitarbeiter zu gewinnen. Die vergangenen Monate brachten uns die Erfahrung, daß

manche Parteiorganisationen die Aufklärungs- und Betreuungsarbeit unter den ehemaligen Soldaten der Nazi-Wehrmacht sehr vernachlässigten. Warmherzig und überzeugend muß unsere Propaganda sein. Wir müssen an Hand der Erfahrungen der Vergangenheit die Schuld des Nazismus an den heutigen Zuständen klarlegen. Es genügt nicht, wie es so oft geschieht, einfach dazureden, sondern man muß sich in die Denkweise und Mentalität der Heimkehrer versetzen. Man muß ganz offen über unsere heutigen Lebensbedingungen und über die Aussichten des wirtschaftlichen und demokratischen Aufbaues sprechen. Es ist grundfalsch, den Heimkehrern etwas vorzumachen, um in ihnen Mut für das neue Leben anzufachen. Sie sehen, hören und beurteilen alles sehr kritisch; aber sie müssen die Ursachen der Schwierigkeiten, die sie zu Hause vorfanden, verstehen und die Wege und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung kennenlernen. Den Heimkehrern müssen wir auch sagen, was dahintersteckt, wenn Leute versuchen, ihnen die größten Greuelmärchen glaubhaft zu machen und welchen finsternen Zwecken diese Propaganda und Provokationen dienen. Aber nicht nur politische Aufklärung brauchen die Heimkehrer, sondern auch unmittelbare Hilfe in ihren Tagessorgen. Die Betreuungsarbeit, vom Moment des Eintreffens in der Zone bis zur Heimkehr in die Familie, muß viel besser organisiert werden, als das bisher geschah. Besonderes Augenmerk erfordert die Sorge für die *heimatlosen* Heimkehrer. Wir müssen ihnen beistehen, ihre Familienangehörigen mit Hilfe des Suchdienstes so schnell wie möglich wiederzufinden und sich eine Existenz zu schaffen.

Damit sind die wichtigsten Aufgaben, mit denen sich die sozialpolitische Konferenz beschäftigte, knapp skizziert. Die Anregung, einen *Informationsdienst für die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge* herauszugeben, der die Arbeit durch Vorschläge und Erfahrungsaustausch unterstützen soll, fand lebhaftest Zustimmung.

Rudolf Belke